



Fliegenklatsche für die Schuldenbremse!

Durch Steuern finanzieren wir die gemeinsam genutzten Güter. Ohne Steuern gäbe es keine Strassen, öffentlichen Verkehrsmittel, Schulen, Kindergärten, Universitäten, Theater und andere kommunale Kultureinrichtungen, keine öffentlichen Krankenhäuser, keine Schwimmbäder, keine Wasserversorgung ... unvorstellbar!

Ausgaben finanzieren unsere Lebensgrundlagen. Leider finanzieren unsere Steuern auch den Krieg in Afghanistan, die Rettung von Banken (die jetzt wieder schöne Gewinne machen) und andere Geschenke. Aber lassen wir das für den Moment mal beiseite.

Der Staat hat sich arm gemacht

Leider haben sich bereits etliche Bundesregierungen von der Vorstellung verabschiedet, dass öffentliche Güter wichtig sind, und dass der Zugang zu ihnen für alle Menschen garantiert sein muss. Ganz im Gegenteil: der Staat hat sich mit Absicht und Vorsatz arm gemacht. Die Spitzensätze der Einkommenssteuer wurden gesenkt, die Körperschaftssteuer wurde gesenkt, die Vermögenssteuer gibt es gar nicht mehr, öffentliche Güter werden zu Schleuderpreisen an Private verkauft, und die Sozialsysteme werden ausgehungert, indem die Lohnabhängigen erpressbar gemacht und so die Lohneinkommen rasiert werden – logische Folge: Ebbe in der Kasse. Eine Steuerart gibt es, an der gerne noch ein bisschen gedreht wird, denn die müssen wir alle zahlen, unausweichlich mit unseren täglichen Einkäufen: das ist die Mehrwertsteuer.

Geld ist genug da

Das ganze schöne Geld ist zwar da, denn das Bruttoinlandsprodukt ist selbst im Jahr der Krise 2009 nicht ganz

auf den Stand von 2005 zurückgefallen. Es wird produziert und Profit gemacht, was das Zeug hält. ABER der Gewinn kommt nicht der Allgemeinheit zugute, sondern erhöht die Kapitaleinkünfte, wird angelegt und bläst die nächste Finanzblase auf.

Kapitaleinkommen tragen kaum etwas bei

Dem Staat fehlt es an Einkommen. Er kann also seiner Pflicht und Schuldigkeit, die öffentlichen Güter bereitzustellen, nur mehr durch Aufnahmen von Krediten genügen. Dass man die Einnahmenseite verbessern könnte, wird überhaupt nicht mehr diskutiert, die Alternative heisst jetzt: mach Schulden oder spare! Durch diesen Zaubertrick sind die Bezieher von Kapitaleinkommen aus der Pflicht, sich

in der Geschichte nicht mehr vor. Den Beziehern von Lohneinkommen aber macht man weis, die Finanzsituation des Staates hinge von ihnen ab. Verzichtet auf Eure Schulen und Schwimmbäder, damit auch in Zukunft die Kapitaleseite von ihren Gewinnen nichts abzugeben braucht!

Abstimmung über Schuldenbremse soll uns allen die Schuld zuweisen

Wo kein Geld ist, kann man auch keines ausgeben. Aber dass „kein Geld“ da wäre, ist einfach eine unverschämte Verdrehung der Tatsachen. Vielmehr sind die Regierenden zu feige, es da abzufordern, wo die Gewinne hinfließen. Die „Schuldenbremse“ aber ist nichts weiter als der Versuch, den hessischen Bürgern noch den Strick in die Hand zu drücken, mit dem sie sich selbst erwürgen sollen. Wenn dann das Krankenhaus an Lohndrucker verkauft, die Stadtteilbücherei geschlossen, die Buslinie eingestellt wird, und die Bürger wollen sich das nicht gefallen lassen – dann verweist die Regierung einfach auf die Volksabstimmung, simsalabim! Ihr wolltet doch keine Schulden mehr ... und die paar Kröten, die an Steuern noch reinkommen, brauchen wir leider für den Krieg und die Bankenrettung.

Deshalb: macht bei dieser Volksverdummung nicht mit!

Am 27. März: keine Stimme für die „Schuldenbremse“!

SCHULDENBREMSE ist Lohnbremse - Bildungsbremse - Sozialbremse

Es gibt bereits eine Schuldenbremse in Hessen ...

Aber keinen hats gekümmert.

Weshalb denn nun noch eine?

„Wenn die Schuldenbremse nicht in die Hessische Verfassung aufgenommen wird, gilt in Hessen die Schuldenbremse absolut, ohne Ausnahmen in Notsituationen“

„Schleswig-Holstein klagt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Bundes-Schuldenbremse – wenn die Klage Erfolg hat, haben wir in Hessen trotzdem noch unsere eigene Schuldenbremse“

„Wenn die Schuldenbremse in der Verfassung steht, kann sich bei Kürzungen keiner mehr beschweren“

Und zwar in Artikel 141 der Hessischen Verfassung, der bestimmt: „Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Übernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Staates dürfen nur durch förmliches Gesetz erfolgen.“ („werbende Zwecke“ = Investitionsausgaben)

2003 klagten 33 Abgeordnete der Opposition gegen das Nachtragshaushaltsgesetz 2002, das die CDU-Regierung im Dezember eingebracht hatte, weil es verfassungswidrige Kreditaufnahmen vorsah. Die Klage wurde abgewiesen, da 2002 eine „besondere Ausnahmesituation“ bestanden habe. Eine Minderheit der Richter merkte süffisant an: „Dass die Kreditveranschlagung im Nachtragshaushaltsgesetz 2002 es ermöglicht habe, den Haushaltsplan für das Wahljahr 2003 von den dafür erforderlichen Einsparungen freizuhalten, rechtfertigt die Überschreitung der Verfassungsgrenze nicht.“ (www.staatsgerichtshof.hessen.de) Dieselben Leute, die sich um Art. 141 HV herumgeschummelt haben, wollen jetzt den Anschein erwecken, sie würden sich nun aber selbst mal richtig an die Kandare nehmen.

Das hessische Finanzministerium (www.hmdf.hessen.de) nennt drei Gründe, warum die Hessische Verfassung geändert werden „muss“ ...

Das ist erst mal Schall und Rauch- dafür brauchen wir keine Verfassungsänderung, es genügt auch ein einfaches Gesetz. CDU und FDP schreiben selbst in der Begründung ihres Entwurfs, Abschnitt III: „Ob und in welchem Umfang sie [die Länder] derartige Regeln in ihre Verfassungen aufnehmen, dem einfachen Gesetzgeber überlassen oder gänzlich auf sie verzichten, legt das Grundgesetz nicht fest und bleibt den Ländern vorbehalten.“ So auch Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Universität Heidelberg, Stellungnahme zur Anhörung im hessischen Landtag.

Das ist allerdings eine schöne Begründung – selbst das Bundesverfassungsgericht soll für Hessen nichts zu bestimmen haben. Nur die Fans der Schuldenbremse haben das Sagen!

Und da liegt natürlich der Hase im Pfeffer. Schön, wie ehrlich das Finanzministerium sein kann. Und deshalb sind neben der **DKP** auch Gewerkschaften, Sozialverbände, die **Partei die Linke**, als einzige Partei im hessischen Landtag und die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD Hessen **GEGEN DIE SCHULDENBREMSE!**

Bei den Kommunalwahlen:

keine Stimme den Parteien, die den Städten und Kommunen das Wasser abgraben wollen.

Die DKP Frankfurt ruft auf am 27. März in Frankfurt die Partei die Linke zu wählen.